

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

10.7.1923 (No. 157)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Bismarckstr.
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger
Schriftleiter
C. A. M. D.,
Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 1923 4 — Einzelnummer 200 A — Anzeigenpreise: 500 A für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Fernbestellungen tariflicher Natur, der als Kassenroboter gilt und versichert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereit. Bei Anzeigen, welche eine Beteiligung an der Geschäftsführung der Zeitung betreffen, ist die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Abschluß, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unserer Druckerei sind alle Anzeigen zu bringen, die nicht zurückgegeben werden und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Wasserkräfte in Baden.

Elektrizitätsversorgung und Badenwerk.

In der Fortsetzung der Tagung des Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrates wurde am Montag morgen kurz in die Diskussion über die zwei Vorträge: Der Ausbau der Wasserkräfte im Lande Baden und der Stand des Baues der Wasserstraßen eingetreten. Es sprach:

Direktor Becker vom Kraftwerk Laufenburg, der für den Ausbau der Schluchsee-Anlagen plädierte, weil uns die Winterkraft fehle. Er warnte vor dem Ausbau zu vieler kleinerer Kraftwerke, wie man es nach dem Kriege unternommen habe; sie arbeiteten zu teuer.

Oberbaurat Prof. Dr. Rehbock stellte sich auf den entgegengelegten Standpunkt, weil die kleineren Werke schnell erbaut werden könnten. Es seien auch hochwertige Industriequellen; ihre Unterfertigung wäre dringend zu wünschen. Heute baue man verhältnismäßig billiger wie früher. Von den erbauten kleineren Werken könnten schon mehrere fast vollständig abgeschlossen werden. Auf die Bedeutung des Schluchsees habe er schon 1909 aufmerksam gemacht; der Staat soll es bauen, aber die Errichtung kleiner Werke nicht hindern.

Direktor Haas von den Kraftübertragungswerken Rheinfelden hatte ebenfalls Bedenken gegen die kleineren und mittleren Werke. Die Rheinwerkwerke mit ihren 3 1/2 Milliarden Kilowattstunden seien nun einmal das Rückgrat der badischen Wasserkräfte. Die Gewinnchancen bei öffentlichen Werken seien zu gering. Deswegen müsse die Privatindustrie herangezogen werden. Ein Dampfwerk sei unter Umständen wirtschaftlicher, wie ein Wasserwerk. In 10 Jahren hätten wir wieder genug Kohle, was soll dann mit den kleinen Werken geschehen? Die Doppelstellung des Staates als Konfessionär und Teilnehmer habe er nicht für glücklich. Auch die Finanzierung des Schluchsees werde ihm nicht leicht sein. Bei der Konzeptionsarbeit solle man nach dem Vorbilde der Schweiz vorgehen.

Arbeitsminister Dr. Engler entgegnete ihm, daß auch die badische Regierung eine größere Konzentration beim Ausbau von Wasserkräften wünsche. Die Entgegenen sind die Geldgeber, welche die entwerfende Kraft erhalten. Die Werke hätten vorbestimmte Anleihen aufnehmen müssen. Man nimmt aber lieber für das eigene Kraftwerk in den Gemeinden einen Pfandpfand vor, als für ein fremdes. Der Staat wolle eine rationellere Ausgestaltung der Wasserkräfte and deshalb müßten die Werke miteinander verbunden werden. Die Syndikate dürfen sich bei der Konzeptionsarbeit nicht Profit auf Kosten der Allgemeinheit verschaffen. Das Schluchsee-Werk werden wir im bescheidenen Umfange bauen; ebenso Weicklingen und Redarjahn; aber die Bremse sei bereits angelegt. Der Minister verteidigt dann noch das Badenwerk gegen die Bemerkungen des Direktors Haas. Die Erneuerungssachen kosten ungeheuer viel. Wegen der Kanalpläne danke er, wie der Vorredner.

Oberbaurat Prof. Dr. Rehbock verteidigt nochmals die kleineren Werke, weil sie leichter Mängel ausbessern; zum Teil geschieht dies auch durch Prof. Dr. Lubin, welcher meinte, diese kleineren Anlagen könnten die Probe auf die Goldwaage tragen. Von Bedeutung sei auch die Anlegung von Wasserwirtschaftskatastern, welche Aufschlüsse über Gefälle, Wasserwegen, Ansprüche der Landwirtschaft usw. angeben.

Direktor Dr. Haas erörtert nochmals die Rentabilität der Rheinwerkwerke und weist auf den Umstand hin, daß man wegen des Wertes Niederschlags seit 15 Jahren debattiere, worauf der Minister entgegnete, dort seien seit fernere Amtszeit eifrig Verhandlungen gepflogen worden. Für frühere Verhandlungen könne er nicht.

Oberbürgermeister Dr. Engelmeier-Vorrach bemerkt, daß man in seiner Gegend einfach nach Strom rufe. Deshalb dränge man auf den Ausbau von Niederschlagswerken. Wegen der großen Fruchtunterstützung sollte man uns billigere Strompreise gewähren. Unsere Industriewerke werden durch die großen Frachtkosten einfach erschwert. Die Projekte von dems sind für uns von großer Wichtigkeit, man sollte uns durch Vorträge entsprechende Aufklärung geben. Der Minister sagt das letztere zu.

Oberbaurat Spieß gab dann noch einen Überblick über die Kanalpläne, worauf die Vormittagsitzung geschlossen wurde.

In der Nachmittagsitzung sprach Baurat Schember über die Elektrizitätsversorgung des Landes und Zwecke und Ziele des Badenwerks.

Er führte aus: In Baden hat der Staat schon frühzeitig und mit zuerst unter den Ländern des deutschen Reiches planmäßig auf die Gestaltung der Dinge auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung Einfluß genommen, in richtiger Erkenntnis der Bedeutung, welche der Elektrizität für die Volkswirtschaft zukommt.

Die ordnende Einflußnahme erstreckte sich zunächst auf die Veranlassung sachgemäßer Beratung der Gemeinden zur Erlangung zweckmäßiger Elektrizitätsversorgung im Zusammenhang mit der behördlichen Genehmigung von Erschließungen der Gemeinden über ihre Versorgung mit Elektrizität.

Daneben ergab sich Gelegenheit zu positiven Maßnahmen zur Förderung der Elektrizitätsversorgung aus Anlaß der Errichtung der großen Rheinwerkwerke bei Rheinfelden, Laufenburg und Augst-Wahlen, da die Verleihung der Wasserrechte entsprechende Auflagen ermöglichte.

Andere wichtige Einflußnahme mit dem Ziel planmäßiger Versorgung des Landes mit Elektrizität ermöglichte ferner die Notwendigkeit für die Elektrizitätswerke staatliches Eigentum (Straßen, Wälder, Eisenbahnen usw.) in Anspruch zu nehmen.

Dies führte zu Abmachungen der Regierung mit den Überlandwerken über Verpflichtung zum Ausbau der Leitungen und Abgrenzung der Versorgungsgebiete, sowie über die Bedingungen der Stromlieferung.

Die positiven Maßnahmen der Regierung zur Elektrizitätsversorgung des Landes waren aber damit nicht erschöpft. Man ging dazu über durch Schaffung des Gesetzes vom Jahre 1912 über den Bau und Betrieb des Murgwerks durch den Staat diesen an der Elektrizitätslieferung selbst in hervorragender Weise teilnehmen zu lassen.

Zur Fortleitung des Murgstromes diente von vornherein eine bis in die Gegend von Mannheim erstreckte 100 000 Voltleitung, die auch darüber hinaus den Zusammenhang mit den Pfalzwerken herstellte. Das Murgwerk stellte sich nun in Baden die Aufgabe, durch den Zusammenschluß mit den größeren Dampfkräften Mittel- und Nordbadens, den Werken der Städte Mannheim und Karlsruhe, der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft und des Elektrizitätswerks Achen dem vermehrten Kraftbedarf dieser Gebiete gerecht zu werden und mit seiner Eigenschaft als Spitzenkraftwerk die anderen Werke in wertvoller Weise zu unterstützen. Seine Eigenschaft als Spitzenkraftwerk zu wirken, wird in noch höherem Grade durch die Angliederung der weiteren Hochdruckstufe mit Jahreslaufwerken am Schwarzenbach, die sich im Bau befindet, in Erscheinung treten.

War die ursprüngliche Aufgabe des Murgwerks die Großverteilung des Stromes durch seine Höchstspannungsleitung, so hat sich sein Aufgabengebiet seit 1919 durch Übernahme auch der Kleinverteilung des Stromes wesentlich erweitert. War ursprünglich die letztere einem gemischt wirtschaftlichen Unternehmen zugeordnet, so übernahm der Staat nun selbst diese Kleinverteilung. Die staatliche Überlandversorgung, welche zuerst nur das badische Mittelbad erzielte, erstreckte seine Tätigkeit aber sehr bald auch auf zwei andere Landesteile, das badische Hinterland (Kreis Mosbach) und den Seekreis, Landesteile, deren Versorgung bisher auf anderem Wege nicht zu verwirklichen gewesen war, weil die industriearmen, vorwiegend landwirtschaftlich gerichteten Gebiete für ein privates Unternehmen kein lohnendes Feld waren. Allerdings waren die Schwierigkeiten der Ausdehnung der staatlichen Landeselektrizitätsversorgung nicht gering wegen des Mangels an leistungsfähigen Kraftquellen. Der Kreis Mosbach konnte mit den Leitungen des Murgwerks allein nicht mehr bedient werden, weshalb zunächst der Zusammenschluß der Leitung des Murgwerks mit dem Elektrizitätswerk in Altwagen hergestellt wurde, welches seine Leitungen schon von Osten her in das badische Gebiet erstreckt hatte. Indes mußte an der Heranziehung weiterer Kraftquellen gearbeitet werden. U. a. hat das neue Hinterkraftwerk einen wertvollen Stützpunkt für die Stromlieferung in die Murgwerkleitung abgegeben. Im Seekreis ermöglichte zunächst das neuerrichtete Rheinwerkwerk Eschsbach die Kraftbeschaffung für das staatliche Verteilungsnetz.

War die staatliche Elektrizitätsversorgung in dieser Weise mit Miesenschriften gefördert worden, so waren inzwischen auch die zahlreichen älteren privaten Unternehmungen, die Überlandwerke der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft, Überlandunternehmungen der Rheinelektra, der bad. Kraftlieferungs-Gesellschaft Freiburg, der Überlandzentrale Oberhausen, der bestehenden Rheinwerkwerke Rheinfelden und Laufenburg, verbleibender Städte usw., wie auch ähnliche Unternehmungen der Nachbarländer, welche Randgebiete des badischen Landes versorgten, nicht unberührt geblieben und hatten die bestehenden Lücken der Elektrizitätsversorgung nach Möglichkeit ausgefüllt, zum großen Teil nach den mit ihnen vom Staate selbst aufgestellten Ausbauprogrammen.

Was die staatliche Landeselektrizitätsversorgung wiederum selbst betrifft, so hat dieselbe im Jahre 1921 eine wichtige Organisationsänderung, hauptsächlich wegen des wachsenden Gebietsbedarfs des Unternehmens, erfahren. Durch die Gesetze vom 1. Juli 1921 über den Verkauf des Murgwerks und über die Landeselektrizitätsversorgung wurde das bisherige staatliche Unternehmen samt dem Murgwerk von der Staatsverwaltung abgelöst und wurden seine Aufgaben einer neu gegründeten Aktiengesellschaft, der Bad. Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) zugewiesen. Der gesamte Aktienbesitz blieb aber in den Händen des Staates. Der Staat wird nunmehr die ihm auch weiterhin gestellten Aufgaben der Aufbarmachung von Kräfte und ihrer Verteilung über das Land hin vornehmlich mittels des Badenwerks lösen. Sein Ziel ist dabei, in Zusammenarbeit mit den bestehenden und künftig zu errichtenden Werken die technisch und wirtschaftlich vollkommenste Ausnutzung der Elektrizitätskräfte des Landes zu erzielen.

Der badische Staat erfüllt damit für sein Land im Wesentlichen die Aufgabe, die sich das Reich schon in verschiedenen Gesetzen für sein weiteres Gebiet zu verschaffen versucht hat. Als Mittel dazu dient dem badischen Staat teils sein vorhandenes ausgedehntes eigenes Leitungsnetz, teils die geplante das ganze Land von Norden nach Süden durchziehende 110 000 Voltleitung, die in hervorragender Weise geeignet sein wird, die Kräfte der großen Kraftwerke zu sammeln und in wirtschaftlichster Weise zu verteilen. Es werden damit nicht nur die Energien der großen Rheinwerkwerke im Süden des Landes und die Schwarzwaldwasserkraft, vornehmlich diejenigen des zum Ausbau kommenden Schluchsee-Werkes mit seinen großen Speicherranlagen, für die Landesteile mit nutzbar gemacht werden, sondern es wird auch möglich sein, die Kräfte aus den im Norden des Landes befindlichen Dampfkräften den südlichen Landesteilen zuzuleiten.

Aber nicht nur durch Beherrschung der Leitungswege wird das Badenwerk den ihm gebührenden Einfluß in der Elektrizitätsversorgung des Landes gewinnen, sondern auch durch geldliche Beteiligung an den wichtigsten der ganz großen Kraftwerke. Hierfür kommt, abgesehen von dem Schluchsee-Werk, das sich das

Badenwerk allein zu erfüllen zur Aufgabe gesetzt hat, neuerdings vor allem das Großkraftwerk Mannheim in Betracht, an dessen Gründung es neben der Stadt Mannheim, dem Pfalzwerken und der Redar A.-G. beteiligt ist.

Aber auch im Süden Badens ist die Kraftnot immer größer geworden, da die alten Rheinwerkwerke ausverkauft sind. Hier werden die neuen Rheinwerkwerke Schwärzstadt, Redingen und Dögern dem Kraftmangel abzuwehren haben und die Anfertigung neuer Industrie am Oberrhein ermöglichen. Eine Reihe weiterer Schwarzwaldkräfte ist zum Ausbau geplant, zum Teil ist ihr Ausbau schon in Angriff genommen. Wenn der Staat es auch nicht als seine Aufgabe ansieht, sich an diesen Werken finanziell zu beteiligen, so wird er doch durch die bereits geschlossenen Maßnahmen in der Lage sein, die Verwendung der gewonnenen Kräfte durch Aufnahme in die Landesverteilung zum Vorteil des ganzen Landes und nicht zuletzt zum Vorteil der Ersteller der Werke selbst zu nutzen, denen damit erst ein Vollablauf der Kraft gesichert wird, der bei Verwendung nur für einen beschränkten örtlichen Verbrauchkreis in Frage gestellt wäre.

Zu der Frage des heutigen Standes der Durchdringung des Landes mit Elektrizität ist zu sagen, daß rund 96 v. H. aller Gemeinden mit Elektrizität versorgt sind. Diese Ziffer erscheint recht hoch. Es ist aber doch zu beachten, daß die Versorgung zahlreicher Gemeinden hauptsächlich des höheren Schwarzwaldes noch eine recht unvollkommene ist und daß sich immer noch beträchtliche Schwierigkeiten bieten, manchen abgelegenen Orten und Ortsteilen die Elektrizität zuzuführen. Daher die Erscheinung, daß immer noch zahlreiche sehr kleine Kraftwerke geplant werden, die aber keineswegs alle als wirtschaftlich bezeichnet werden können. Die Behörden sind fortgesetzt bemüht, die Investitionen in dieser Richtung in wirtschaftlich vertretbare Bahnen zu lenken. Viele Gemeinden, die noch vor Jahren nicht daran denken konnten, aus eigener Kraft sich die erforderlichen Anlagen zu schaffen, sind durch Verwirklichung der wirtschaftlichen Verhältnisse inzwischen in die Lage gekommen, aus eigener Kraft die nötigen Anlagen zu errichten.

So steht zu hoffen, daß doch nur wenige Jahre noch vergehen dürften, bis die licht- und kraftpendenden Elektrizitätsleitungen auch in das entlegenste Tal des Schwarzwaldes reichen werden.

Der Minister macht darauf aufmerksam, daß bei diesem Punkt auch die Klagen und Beschwerden über das Badenwerk angebracht werden können. Es äußerten sich dem hierzu Direktor Haas, Direktor Koch-Lahr, Oberingenieur Reichert-Karlsruhe, Direktor Helmle-Karlsruhe, Gutbesitzer Bachs, Julius-Mingolsheim usw. Auch Ministerialdirektor Dr. Fuchs, der später für den abgerufenen Minister den Vorschlag übernahm, griff wiederholt in die Debatte ein, die im übrigen sachlich und ruhig geführt wurde.

Direktor Haas begrüßte die Regierung zu ihren bisherigen Erfolgen auf dem Gebiete der Landeselektrizitätsversorgung und legte dann dar, daß die Ausgaben für Strom bei den Betriebskosten kaum in Frage kämen; bei der Textilindustrie würden sie vielleicht 1 Prozent, bei der Spinnerei 2 Prozent, bei der chemischen Industrie etwas mehr betragen. Auch in der Landwirtschaft seien sie nicht so einschneidend, wie oft angegeben werde. Kraftwerke mühten lebensfähig bleiben. Ein Großkraftwerk sei doch ein Segen für das Volk, denn dadurch werde Brot und Existenzmöglichkeit geschaffen und die Söhne der Bauern brauchen nicht mehr auszuwandern.

Der bei Beginn der Debatte noch anwesende Minister Dr. Engler ging ebenfalls auf die Tarifpolitik des Badenwerks ein und rechtfertigte sie. Der Strompreis sei noch immer billiger, wie die landwirtschaftlichen Produkte. Wir mühten doch auch Rücklagen für die Zukunft machen. Es lasse sich darüber reden, solchen Gebenden, wie der Bäcker, die unter hohen Frachtkosten leiden, billigeren Strom zu liefern. Alle Vorschläge, würden geprüft und Rückschlüsse gerne entgegengenommen, aber man solle ihm, dem Arbeitsminister, nach 10 Jahren nicht nachsagen, er habe es versäumt, für die Lebensfähigkeit der Kraftwerke rechtzeitig eingetreten zu sein.

Direktor Koch vom Elektrizitätswerk Mittelbaden macht darauf aufmerksam, daß sein Werk mit die billigsten Strompreise habe. Er fragt die Regierung, wie sie sich die Versorgung des mittelbadischen Gebietes denkt? Die Grundgebühren seien ein unbedingtes Erfordernis. Jedes Werk müsse sich eben nach seinen Verhältnissen richten. Es dürfe nur keine Unterbietungspolitik machen.

Oberingenieur Reichert bespricht die sog. A-Vertragspreise und die Tarifpolitik des längeren und kritisiert Einzelheiten. Die Badenwerkpreise seien wirklich hoch. Das Badenwerk soll Großabnehmern Konjunkturpreise geben.

Ihm erwidert Direktor Helmle vom Badenwerk, daß tatsächlich die Ausgaben für Strom im Gesamthaushalt des einzelnen nicht die große Rolle spielen, als welche man sie hinstellt. Oft genügen die Einnahmen für Milch, um sie zu decken, worauf ihm Gutbesitzer Bachs erwidert, daß viele Landwirte auch keine Milch verkaufen. Der Landwirt könne seine Gegenstände und Maschinen nicht so oft gebrauchen, wie dies in der Industrie der Fall sei. Helmle macht noch darauf aufmerksam, daß zum Ankauf und zur Ablesung der Stromzähler geübte Leute gehörten. Das Badenwerk habe eine Dezentralisation immer ins Auge gefaßt.

Gewerchaftssekretär Erb spricht sich als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft für die Strompreispolitik des Badenwerks aus; die Errichtung dieses Werkes war eine Notwendigkeit. Wenn das Schluchsee-Werk ausgebaut werden kann, wird dies von der Arbeiterschaft vom Kulturstandpunkt und dann

auch deshalb begrüßt, weil Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Der Kapitalismus soll keine Geschäfte mit den Wasserkräften des Landes machen dürfen.

Julius-Mingosheim fragt nach der Bilanz des Badenwerks, wobei ihm erwidert wurde, daß sie in nächster Woche erscheine. Auf dem Lande herrsche keine gute Stimmung gegen das Badenwerk; es wäre für manche Gemeinde besser gewesen, keine A-Verträge zu machen. Die Regierung sollte ausgleichend wirken.

Ministerialdirektor Fuchs sagt dann am Schluß der Beratungen die Aussprache über das Badenwerk zusammen und erwidert zunächst Julier, daß in der „Frankf. R.“ und in der „Karlsruher Zeitung“ die frühere Bilanz des Werks veröffentlicht worden sei. Die Grundgebühren sei im Prinzip nicht befolgt. Mittelbaden hat noch nicht nach Abhilfe gerufen; wir haben nur in zwei bedrängten Bezirken, im Hinterland und in der Seegegend eingegriffen. Das Badenwerk hat durch die Nichtbeziehung der ausgetesteten Rechnungen finanziellen Schaden erlitten. Durch Beteiligung von Großabnehmern haben heute schon die Kleinabnehmer billigeren Preis. Es sollen eben Landwirte und Kleinunternehmer den Strom benutzen können. Das Badenwerk will alles tun, um die Mithimmung zu befeitigen. — Ministerialdirektor Fuchs gibt dann noch Aufschluß über andere Fragen, welche von den Herren Seipel, Borzheim, Eisenhart-Karlsruhe, Joller-Durlach, Posters-Schopfheim usw. besprochen wurden. Um 7/8 Uhr abends konnte dann von ihm die interessante und lehrreiche Tagung geschlossen werden.

Politische Neuigkeiten. Deutsche Beschwerden.

Berlin, 9. Juli. Die deutschen Botschafter in London und Rom haben Weisung erhalten, bei der britischen und italienischen Regierung wegen der unerträglichen Schwierigkeiten und ernstlichen Gefahren Vorstellungen zu erheben, die sich aus der von den Franzosen und Belgiern verhängten Grenzsperrung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet ergeben. Dabei wird namentlich betont, daß durch die Unterbindung jeder Verkehrsverbindung die rheinischen Abgeordneten an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Funktionen verhindert werden und daß der Reichstagsabgeordnete Most aus Duisburg unter Nichtachtung der Immunität sogar als Geiseln festgenommen worden ist. Ferner hat die Reichsregierung die Botschafter in London und Rom angewiesen, mit allem Nachdruck die Todesurteile zur Sprache zu bringen, die am 29. Juni vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Eisenbahnsabotage gegen sieben Deutsche ergangen sind. Weitere geeignete Schritte wurden an anderen Stellen unternommen, um eine Vollstreckung der Urteile zu verhüten.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Aus Köln wird berichtet: Auf den Randbahnhöfen des besetzten und des Einbruchgebiets trifft noch täglich eine größere Anzahl Reisender ein, die nach dem besetzten Gebiet wollen. An einer Bekanntmachung weist die Reichsregierung die Eisenbahn, zur Zeit in Hamm, darauf hin, daß eine Einreise in das besetzte Gebiet unmöglich, der Versuch, die Sperrung zu umgehen, mit Lebensgefahr verknüpft und ferner das Randgebiet von Zurückgebliebenen überfüllt ist. Eisenbahn, Gemeinden und Notens Kreuz rufen daher dringend von einer Einreise in das Randgebiet ab. Unterkunftsmöglichkeit ist in diesem Gebiet überhaupt nicht mehr vorhanden, Verpflegung und Unterstützung können nicht gewährt werden.

Die Abschiebungsmassnahmen der Rheinlandkommission haben für das Saargebiet keine Geltung. Die Bewohner des Saargebiets können genau wie die Ausländer unter Vorzeigung eines roten Passes die für Ausländer freigegebenen Rheinübergänge ohne weiteres passieren, also auch die Ludwigshafener Rheinbrücke, die dreimal am Tage je eine Stunde geöffnet ist. Die Inhaber eines deutschen Reisepasses, die den amtlichen Vermerk zur Einreise ins Saargebiet haben, haben kein Recht zum Passieren der Rheinbrücke, ebensowenig ist der Verkehr von saarländischen Autos und Motorrädern über die Ludwigshafener Brücke freigegeben.

Die Offener Reichsbank ist immer noch von den Franzosen besetzt. Die Franzosen erklärten, erst abziehen zu wollen, wenn sie 10 Millionen (für Löhne) freiwillig erhalten oder wenn die Trezors geöffnet seien. Reichsbankdirektor Begeemann wird im Bankgebäude gefangen gehalten. Die Öffnung des Trezors verurteilt den Franzosen große Schwierigkeiten, da ihnen der Kassenvorsteher einen falschen Schlüssel gegeben hatte. Nachdem ein zur Öffnung des Trezors aufgefordertes deutsches

Bad. Landestheater.

In einer im großen und ganzen abgerundeten und einbrucksvollen „Lohengrin“-Aufführung hat sich am Sonntag Willy Zillken von dem Karlsruher Publikum verabschiedet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sein Begegnung mit Landestheater eine herbe Rude in das Opernensemble reißt, die zudem noch empfindlicher und deutlicher fühlbar wird, da der Nachfolger Zillkens in keiner Weise den Anforderungen, die wir zu stellen gewohnt und berechtigt sind, entspricht. Willy Zillkens Karlsruhezeit umfaßte nur zwei Jahre. Und wie wir es schon mehrfach erlebt, so war es auch bei diesem Künstler, daß er rasch der Höhe seines künstlerischen Wirkens zustrebte, daß man anderwärts auf ihn aufmerksam wurde und schließlich das Landestheater glaubte gegenüber leistungsfähigeren Bühnen nicht mehr in der Lage zu sein, diesen bedeutenden Künstler zu halten. Dabei soll die Frage nicht untersucht werden, ob es für das Landestheater nicht doch räthlicher gewesen wäre, einer so hervorragenden Kraft, wie sie sich nun einmal in Willy Zillken verkörpert, in ihre Sagenansprüche entgegen zu kommen. Die dadurch bedingten Mehrausgaben wären durch Mehreinnahmen in gewissem Sinne wieder ausgeglichen worden. Der gestrige Abschiedsabend Willy Zillkens hat nochmals auf das deutlichste gezeigt, was wir an ihm verlieren. Man kann sich Tenorstimmen denken, die leuchtendere Tragkraft und hellere Färbung besitzen. Willy Zillkens künstlerische Potenz ist auf eine andere Grundlage gestellt. Er ist gleichermassen kultivierter Sänger, wie denkender Gestalter. Das ist unter den Geldentendern eine seltene Erscheinung. Wenn wir uns seines Christen, seines Walthers Stolzinger erinnern, an seinen Narren in Schreders „Schakgräber“, an seinen Florestan, — um nur einige seiner Hauptpartien wahllos herauszugreifen, — denken, so tritt damit seine staar gestaltende Persönlichkeit vor unser Auge. Zillken steht die ganze Scala feilscher Ausdrucks-möglichkeiten zu Gebote, seine Stimme gehorcht der geringsten Regung und ist durch Wärme und Fülle gleichermassen beständig. Mit seinem Geistesreichtum, mit dem er gestern von uns zog, schwand eine Lichtgestalt. All das Süßliche, das dieser Lohengrin-Gestalt, wie dem Gesamtwerk überhaupt, anhaftet, wird von Zillken in kraftvolle Männlichkeit getaucht. Glanz und Schönheit atmen Darstellung und Gesang.

Ein Fall wollte es, daß seine Gattin Agnes Zillken

Geldstrankfabrikant seine Dienste verweigert hat, haben die Franzosen einen Spezialisten in Paris bestellt.

Die Besatzungsbehörde hat neuerdings eine Reihe von Zeitungen verboten, darunter Zeitungen mit sehr hoher Abonnentenzahl, so daß ein großer Teil der Bevölkerung ohne deutsche Zeitungen ist. In Düsseldorf wurden alle Zeitungen verboten. Die Franzosen nutzen diese Lage dadurch aus, daß sie in deutscher Sprache gedruckte französische Zeitungen kostenlos verteilen.

Die Thuyfenwerke in Wülheim (Ruhr) wurden von den Franzosen mit einem Aufgebot von Tanks und Panzern besetzt. Auf dem ganzen Werke wurde eine genaue Bestandsaufnahme aller vorhandenen Vorräte vorgenommen, ohne daß es zu weiteren Einbrüchen kam. Abends rückten die Truppen wieder ab.

In Oberhausen wurde in der Nacht zum Sonntag der Keller-Kreuz von belgischen Truppen erschossen. Er befand sich auf dem Heimwege, als er plötzlich von Soldaten angehalten wurde, die seinen Paß verlangten. Nachdem er ihn vorgezeigt hatte, wurde er um ein Haus herumgeführt und hinter dem Gebäude dann durch drei Schüsse getötet.

Den fünf angesehenen Mainzer Bürgern, die als Sanktion für das Attentat auf den Tunnel zwischen Mainz-Hauptbahnhof und Mainz-Süd ausgewiesen werden sollten, ist der Ausweisungsbefehl zugeworfen.

Das Kriegsgericht in Sterkrade verurteilte den Schriftleiter Diebold von der „Buerischen Volkszeitung“ zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Verdicts über die Erschießung von Tombrink, in dem gefast war, daß der Schuß sicher 5 Minuten vor 8 Uhr gefallen war, obwohl erst um 8 Uhr ab die Verkehrs-sperrung in Kraft trat.

London, 9. Juli. Dem Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge, ist die französische Regierung benachrichtigt worden, daß die britische Regierung selbständige Schritte tun müsse, wenn Frankreich nicht ohne weiteren Verzug auf den britischen Fragebogen antworte. Die Gründe für diesen Beschluß seien 1. die verzweifelte Lage in Deutschland und die Notwendigkeit einer sofortigen Aktion und 2. die Auffassung der britischen Regierung, daß die deutsche Note vom 7. Juni ein ehrliches Angebot darstelle.

London, 7. Juli. Das Ergebnis der Besprechungen von Lord Curzon mit den Botschaftern läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Italien ist bereit, Englands Ausgleichsversuche zu unterstützen. Belgien wird sich bemühen, die englisch-französische Meinungsverschiedenheit zu mildern oder aus dem Wege zu räumen. Frankreich hat seine bisher erteilte Antwort noch nicht vervollständigt und klar formuliert.

Die Bemühungen des Papstes auf Verständigung.

München, 9. Juli. Über das Telegramm des Papstes an den Münchener Nuntius teilt „eine dem Vatikan nahestehende Persönlichkeit, um irrtümliche und tendenziös verdrehte Auslegungen des Telegramms des Kardinalstaatssekretärs an Monsignore Pacelli zu verhindern“, dem „Bayerischen Kurier“ folgendes mit: 1. Der Papstbrief an Kardinal Pacelli ist nicht von dem Telegramm absolut nicht berührt und bleibt in seinem ganzen Umfang bestehen. 2. Das Telegramm an Monsignore Pacelli enthält nur und ausschließlich eine Kritik an den blutigen Sabotageakten, durch die Menschenleben gefährdet werden und verloren gehen; 3. Das Telegramm hat seinen Ursprung darin, daß man an entsprechender Stelle so weit in der Verblendung gegangen ist, den Papst wegen seines Briefes für das Attentat auf der Krefeld-Duisburger Linie verantwortlich zu machen.

Berlin, 8. Juli. Die Mission, die den päpstlichen Nuntius Pacelli Mitte der Woche nach Berlin geführt hat, scheint trotz der Veröffentlichung des Communiqués über die Frage der Sabotageakte noch nicht abgeschlossen zu sein. Der Nuntius dürfte seinen Aufenthalt noch um einige Tage verlängern, um die Verhandlungen mit dem Reichskanzler weiterzuführen. Daran darf wohl gefolgert werden, daß das Verhandlungsthema mit der Frage der Sabotageakte noch nicht erschöpft ist, sondern der Auftrag des Nuntius weiter reicht, als man ursprünglich angenommen hatte.

Paris, 9. Juli. Die Chicago Tribune meldet aus Berlin: Sobald der Vatikan eine endgültige Denkschrift aus Deutschland erhalte, werde, wie der Berichterstatter von bestunterrichteter katholischer Seite erzählt, der Papst Frankreich und Belgien sein Programm unterbreiten. Die Kurie habe über zwei Fragen schriftliche Antwort von Deutschland verlangt: wegen der Sabotage und der Reparationen. Diese zwei Fragen seien noch nicht beantwortet. Dagegen werde die Sabotagefrage als bereits geregelt betrachtet. Man nehme auch an,

Forcher von der Bühne aus mit ihm die Subdigungen, die dem Scheitenden bereitet wurden, entgegennehmen durfte. Auch ihr ein Wort herzlichen Dankes, denn sie ist manchmal Besterin in der Not gewesen. Ihre darstellerische Begabung und gefangenen Vorzüge traten auch gestern wieder in der angenehmen Weise hervor. Elsas erste Begegnung mit Lohengrin kann man sich kaum rührender gespielt denken und das Liebesduett im Traugemach ist wohl selten mit so tiefer Wärme gesungen worden wie gestern abend. Die Vorstellung erforderte übrigens noch einen weiteren Gast: Anna Baumeisterer-Jacobs vom Landestheater in Darmstadt, die in der letzten Zeit mehrfach eingeprengt war, mußte die Ordnung übernehmen, der sie stimmlich nicht ganz gewachsen ist, die sie aber darstellerisch großzügig anzufassen wußte. Die übrigen Besetzungen waren die bekannt guten. Kapellmeister Lorenz leitete die Aufführung mit bewährter Umsicht.

Der nach den beiden ersten Aufjügen schon sehr lebhaft einsetzende Beifall steigerte sich nach dem letzten zu stürmischen, kein Ende nehmenden Ovationen für Zillken, dem aus dem bis auf den letzten Platz besetzten Hause Blumen zugeworfen wurden. Unzählige Male war er genötigt, mit seiner Gattin vor dem Vorhang zu erscheinen, bis dieser sich schließlich nochmals auseinander hob und auf der Bühne die Fülle der Kranz- und Blumenspenden und sonstigen Gaben zeigte. In kurzen Worten dankte Willy Zillken herzlich nicht nur für die starke Sympathieäußerung dieses Abends, sondern für das Wohlwollen und die Anerkennung, die er jederzeit hier gefunden. Er sagte, er werde sich gerne an seine Karlsruhezeit zurück erinnern und er hoffe, wieder hierher zurückkehren zu können. — Wir glauben, diese Hoffnung bleibt ein schöner Traum. J. B. St.

Strinberg-Abend.

In der gestrigen Besprechung hat der Druckfehlerkussel derart gewütet, daß eine Nichtigstellung nicht zu umgehen ist. In Abt. II muß es heißen: Die Karrikatur ist die einzige Kunstart, die „in dem Menschen den metaphysischen Grenzverächter“ (statt: „Grenzwächter“) erschaffen läßt. Weiter: Die Subjektivität Strinbergs bildete „ein willkommenes Gegengewicht gegenüber der allmählich als wohltemperierte Herkuleskraft betrachteten (statt geachteten) Objektivität „Abilder“ in der „Druckkunst“ (statt „Einbrucks-kunst“).

daß binnen kurzem ein klares, einfaches Reparationsprogramm zustande kommen werde, das als Grundlage für die weiteren Bemühungen des Vatikans dienen soll. — Der Papst habe den Nuntius Pacelli angewiesen, in Berlin zu bleiben, was sich aus der Hoffnung erkläre, daß die Denkschrift in der Reparationsfrage von Deutschland zu erlangen sein werde. Eine Verständigung sei jedoch noch nicht erfolgt.

Von einer neutralen Botschaft in Berlin will der Berichterstatter erfahren haben, daß der Besuch des päpstlichen Nuntius und die Drahtung Nuntius XI. an ihn nicht die letzten Schritte seien, die der Vatikan unternehmen werde, um den Frieden im Ruhrgebiet herbeizuführen. Auf diese Weise werde erwartet, daß die für den 18. Juli zum 600. Jahrestage der Kanonisation des heiligen Thomas zu erwartenden Enghilfa noch einmal sowohl Deutschland wie Frankreich ermahnen werde, sich um der europäischen Zivilisation willen über die Ruhrfrage zu verständigen.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 9. Juli. Nach längerer Unterbrechung nahm der Ausschuß des Reichstags für die Untersuchung der Ursachen, die zum Zusammenbruch der Reichsfinanzsachen geführt haben, seine öffentlichen Verhandlungen wieder auf. In der Zwischenzeit hatte der Ausschuß in geschlossenen Sitzungen sich mit der Frage beschäftigt, wie groß der Bedarf an Kohlen bei der Reichseisenbahn zum Einlauf englischer und amerikanischer Kohlen gewesen sei. Als Ergebnis dieser Verhandlungen stellt der Ausschuß die äußerst befremdende Tatsache fest, daß bei der ganzen Transaktion innerhalb der einzelnen Ressorts der Reichseisenbahnen, die Devisen für die Beschaffung von 700 000 Tonnen Kohlen kaufen mußten, keinerlei Zusammenarbeit bestanden hat. Kein Ressort hätte dem anderen Mitteilung von den abgeschlossenen Verträgen und der Höhe dieser Beträge gemacht. Diese Zusammenhangelosigkeit und mangelnde Zusammenarbeit hat auf die Stützungssaktion in höchst ungünstiger Weise eingewirkt.

Berlin, 8. Juli. Wie die Wälder melden, betrug das Defizit der Reichspostverwaltung für den Monat Mai 92 226 Millionen Mark. Aber die bereits mitgeteilte neue Gebührenerhöhung, die zum 1. August in Kraft treten soll, wird der Reichsstat am Dienstag beschließen.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 9. d. M. ab bis auf weiteres unverändert zum Preise von 550 000 M. für ein Pfundgoldmarkstück, 275 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

Berlin, 9. Juli. Der Rapallovertrag, der bisher wenig mehr als ein Mahnenvertrag war, wird jetzt Inkraft enthalten. Die Verhandlungen, die hier gegenwärtig über einen deutsch-russischen Konsularvertrag stattfinden, stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Ein deutsch-russischer Getreidelieferungsvertrag, der u. a. die sofortige Lieferung russischen Getreides aus der alten Ernte vorsieht, hat bereits die grundsätzliche Zustimmung beider Parteien gefunden. Der geplante deutsch-russische Handelsvertrag dagegen befindet sich noch in Stadium der Vorverhandlungen, die jetzt in Moskau geführt werden.

München, 10. Juli. Im Sachverhaltsprozeß Fuchs wurde das Urteil gesprochen. Es lautet gegen Professor Georg Fuchs wegen eines Verstoßes eines hochverrätherischen Unternehmens auf zwölf Jahre Zuchthaus bei Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft, eine Geldstrafe von 2 Millionen Mark sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre; gegen den Kohlenhändler Josef Maull wegen eines Verstoßes der Weisheit zu einem Verbrechen des hochverrätherischen Unternehmens auf ein Jahr 8 Monate Zuchthaus bei Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft, eine Geldstrafe von 30 Millionen Mark, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, sowie Ausweisung aus dem Reichsgebiet. Der Kaufmann Johann Berger sowie die beiden angeklagten Brüder Rudolf und Richard Ostermann wurden freigesprochen.

Lausanne, 8. Juli. Nach einer amtlichen Mitteilung der Orientkonferenz sind die Delegationen der Alliierten und die türkische Delegation über den Zahlungsmodus für die Kupons und die ottomanische Schuld sowie über die Konzeptionen und die Räumung Konstantinopels zu einer grundsätzlichen Einigung gelangt sind. Wie man hierzu weiter erzählt, bleibt die Kuponsfrage aus dem Verträge fort. Die Räumung Konstantinopels beginnt sofort nach der Ratifizierung des Vertrages durch die türkische Regierung und muß sechs Wochen nach der

Außerdem fehlt in Absatz III, erste Zeile nach dem Komma das Wörtchen: „als“; ebenso steht in der drittelten Zeile „nur“ statt „un“.

Nicht schlecht arbeitet der Druckfehlerkussel, wenn er in Absatz IV von dem Rezipienten „noch mehr des Eindringlichen, Bangenden erzielen“ läßt, statt: „Eindringlichen, Bangenden“. — Von Mel. Ernards Darstellung muß es heißen, daß sie zu theatralisch-brutale Töne in (nicht: und) Art und Geste gab. — Außerdem ist noch eine Fülle von Verlässen gegen die Grammatik anzumerken.

Symphoniekonzert der Dresdener Staatskapelle.

Das endlich eingetretene herrliche Sommerwetter brachte uns auch auf musikalischem Gebiet noch ein Ereignis: auf der Rückreise von einer mit Rufen bedeckten Italienfahrt lehrte die Dresdener Staatskapelle mit ihrem Leiter, Generalmusikdirektor Wulst, bei uns ein. Über Verlauf und Wirkung des ausverkauften Konzertes viel zu berichten, erübrigt sich dem Berichterstatter. Denn wohl jeder der gespannt lauschenden Zuhörer hatte das deutliche Gefühl, hier einer nicht alltäglichen Offenbarung gegenüberzustehen. Und in der Tat überstieg das Gebotene die höchsten Erwartungen. Von der ersten bis zur letzten Note wuchs das Interesse des Publikums und nicht die geringste Ermüdung war nach dem 2 1/2 Stunden dauernden Konzert zu bemerken. Die ersten vier Takte der Oboen-Ouvertüre brachten sofort Stimmung, und was auf die mit feinsten Deklatsse wiedergegebene Einleitung folgte, war wirklich „ein Ritt ins altramantische Land“. Besonders hervorzuheben sind die minutiöse rufmische Exaktheit und Sicherheit der Einfälle, die fabelhaft feine Verschmelzung der einzelnen Instrumentengruppen ineinander, das unerhörteste Pianissimo der Streicher (so etwas nennt man „Schule“!), die wunderwolle Zartheit der Bläser (den Hörnern eine besondere Verbeugung!). Alle diese Vorzüge traten bei den folgenden Werken immer deutlicher hervor. In der „Unvollendeten“ gefiel mir besonders die garzifische Widergabe des berühmten Cellothemas; entgegen der üblichen, speditig aufdringlichen Art, diese Weise zu spielen. Die virtuoseste Leistung war wohl die Interpretation von Straußens genialen „Eulenspiegel“. Man wird in Karlsruhe nicht so bald wieder Gelegenheit haben, dieses immens schwierige Werk in der unbedingt notwendigen starken Besetzung zu hören. Die Gestaltung war schlichtwei-

...den Türken werden das Kriegsschiff "Geben" sowie die aus Konstantinopel fortgeführten Waffen- und Munitionslager zurückerstattet.

Badische Uebersicht. Weitere Besetzungen durch die Franzosen.

Am heutigen Morgen um 5 Uhr haben die Franzosen ein Holzlager der Stadt Karlsruhe beim Elektrizitätswerk, südlich der Rheinstraße gelegen, besetzt.

Geldentwertungszuschläge zu den Vorauszahlungen auf die Grund- u. Gewerbesteuer.

Nach einer Bekanntmachung des Finanzministers müssen, wie bereits gemeldet, zur Angleichung an die Geldentwertung auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 erhöhte Vorauszahlungen geleistet werden.

Frauzenzulage für Schwerbeschädigte und Kapitulant.

Vom Hauptverordnungsamt wird mitgeteilt: Nach dem Änderungsgebot zum Reichsversicherungsgebot, das in den nächsten Tagen verkündet werden wird, erhalten die verheirateten Schwerbeschädigten (d. h. die Beschädigten, deren Erwerbsfähigkeit infolge Dienstbeschädigung um mindestens 50 v. H. gemindert ist) und die verheirateten Kapitulant, die eine Dienstleistung von mindestens 50 v. H. der Vollrente beziehen, zu ihren Versorgungsgebühren vom 1. Januar 1923 ab eine Frauenzulage.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 33 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Feststellung, Erhebung und Berechnung der Landeskirchensteuer für die israelitische Landes-synagoge in Baden.

DZ. Süß, 8. Juli. Im hiesigen Ort hat eine rege Bautätigkeit eingesetzt, wie sie unter den heutigen Verhältnissen bewundernswert ist. An der Karl-Verkehrstraße, am Affenthafer Weg, in der Friedrichstraße sowie an der Bahn entlang stehen große Neubauten; das Kloster Maria Hilf hat für den

Bau eines Ergänzungsbaus und der Kirche mit den Grabarbeiten beginnen lassen, und die Arbeiten sind bereits so weit gefördert, daß in kürzester Zeit mit dem eigentlichen Bau begonnen werden kann.

DZ. Sasbach (Amt Albern), 7. Juli. Die Lenderische Lehranstalt kann in diesem Monat die Feier ihres 50jährigen Bestehens begehen.

DZ. Freiburg i. B., 7. Juli. Auf der Hölentalstraße ist bis zum 15. September der Verkehr mit Automobil- und Fahrrädern verboten. Die Sperrung beginnt beim Dorfe Garten und endigt bei Hintergarten.

DZ. Freiburg i. B., 7. Juli. Während des Monats Juni haben die Milchfässerungen in erheblichem Maße zugenommen. Neun Landwirte aus Sasbach, Rödningen, Grafenhausen, Stauf und Haslach mußten angezeigt werden; es kamen Fässerungen vor, bei denen auf 100 Teile Milch nahezu 70 Teile Wasser zugefügt waren.

DZ. Singen, 8. Juli. In einer Sitzung wurde hier die Finanzfrage für die Errichtung des Scheffelhauses beraten. Während die vorhandenen und täglich einlaufenden Gelder in erster Linie zum Einkauf der noch fehlenden Baumaterialien verwendet werden sollen, will man für die Aufbringung der Gelder für die Arbeitsausführung neben einer umfangreichen Propaganda im In- und Auslande eine Lotterie inszenieren.

DZ. Singen a. S., 7. Juli. In den Wagwerken ist die Arbeit am Freitag wieder aufgenommen worden, nachdem zwischen der Firma und Arbeiterchaft eine Vereinbarung dahin getroffen worden ist, daß die Arbeiterchaft einen Vorstoß erhält, und ihr außerdem eine Nachzahlung auf die 3. Juniwoche nach Bewilligung durch die Arbeitergemeinschaft der Bad. Konservendindustrie in Aussicht gestellt wurde.

DZ. Meersburg, 9. Juli. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schwaner aus Überach am Rhein hielt der Wirtschaftsverband Schwaben-Boraleger hier seine diesjährige Hauptversammlung ab. Vertreter der Handels- und Handwerkskammer Konstanz, der badischen Zentrumsfraktionen, sowie Oberverwaltungsrat Werner vom Landwirtschaftsministerium in München, Reichswirtschaftsrat Dumas, der Vorsitzende des Zweigverbandes Boraleger nahmen u. a. an der Tagung teil.

Aus der Landeshauptstadt.

Operettentheater im Konzerthaus. (Die Försterhölzer). Vor etwa 18 Jahren glaubte man eine zweite Blütezeit der Operette erwarten zu können; die erste Blütezeit fiel bekanntlich in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und knüpfte sich an die Namen Strauß, Millöcker, Suppé u. a. Nun erhoben sich die „Lustige Witwe“, der „Walzertraum“ und die „Dollarchprinzessin“ die Bühne und beträchtliche Einnahmen konnten von den Theaterbesuchern gebucht werden.

der Gardas kann die in ähnlichen Stücken fast unablässig wogenden Wasserfluten nicht ersehen.

Die musikalische Leitung lag bei Kapellmeister E. Müll in guten Händen. Die Ausführung selbst ist im allgemeinen als ziemlich gelungen zu bezeichnen. Josef Gruber in der Titelrolle erntete viel Beifall von dem mächtig besetzten Hause. Besonders natürlich in den Szenen am Hofe, wo die Schranken sich bemühen, das Naturkind, in der sie nach Sitte (oder Unsitte) der Zeit eine Favoritin vermuten, dem Zeremoniell entsprechend zu kneten und zuzurichten.

Die Tatsache, daß ein betrauschter Liebhaber das ganze Fortshaus ins Wanken brachte, mag als erneuter Beweis für die Schädlichkeit des Alkoholmisses gelten. Und wenn in der Försterstube Familienbilder hängen, die das Bild der Mitte des folgenden Jahrhunderts erkennen lassen, so ist darin zweifellos nur eine ergänzende zarte Andeutung der Regie zu erblicken, daß der mehrfach besprochene „erle Bub“ der Försterhölzer später sich tatsächlich eingestellt habe, und auch seinerseits mit Erfolg um die Fortpflanzung der Familie bemüht war! Oder —?

Staatsanzeiger.

Verordnung

— vom 9. Juli 1923. —

Die Berufspflichten der Hebammen.

Artikel 1.

Unter Aufhebung der Verordnung vom 11. September 1922, die die Berufspflichten der Hebammen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 676) enthält § 15 Absatz 2 Satz 1 der Dienstverteilung für Hebammen (Anlage zur Verordnung betreffend Berufspflichten der Hebammen vom 9. Februar 1920 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 28 —) folgende Fassung:

Für Teilnahme an diesen Kursen hat die Hebamme als Ersatz für Verpflegung und Wohnung täglich 10 000 M. sowie als Gebühr für den Leiter des Kurses 25 000 M. und für die Oberhebamme 8000 M. zu entrichten.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 9. Juli 1923.

Der Minister des Innern.

J. B. Leers.

Das ärztliche Ehrengericht in Freiburg.

An Stelle des Oberamtmanns Fischer wird nach Anhörung der badischen Ärztekammer Antmann Dr. Michler zum rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts in Freiburg ernannt.

Karlsruhe, den 5. Juli 1923.

Der Minister des Innern.

J. B. Leers.

Rupp

Infolge der Unterbrechung des durchgehenden Verkehrs zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. im Bahnhof Langen müssen die Züge zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. bis auf weiteres über Hilsftrieden befördert werden. Sie werden teils über Badenshausen—Hanau, teils über Dieburg—Oberbrunn—Offenbach nach und nach Frankfurt a. M. geführt.

Zug D 1: Karlsruhe ab 7,12 nachm., fährt über Hanau: Darmstadt ab 9,16, Hanau Ost 10,12/30, Frankfurt a. M. an 11,04 nachm. In Hanau Ost Anschluß nach Berlin und Leipzig mit durchlaufenden Wagen Baden-Baden—Berlin und Salschwagen Karlsruhe—Berlin.

Zug D 2 von Berlin wird geändert: Frankfurt a. M. ab 7,08 vorm., Offenbach 7,20/21, Darmstadt 8,36/40, Friedrichsfeld Nord 9,25/27, Heidelberg 9,41/9,50, Bruchsal 10,22/24, Karlsruhe 10,45/11,00, Rastatt 11,22/24, Baden-Dos 11,34/37, Baden-Baden an 11,45 vorm.

Anschluß nach Mannheim: Friedrichsfeld Nord ab 9,33, Mannheim an 9,45 vorm. Zug D 41/D 281 bis Darmstadt unverändert. Darmstadt ab 5,53, Hanau Ost 6,54/7,05, Offenbach 7,23/24, Frankfurt a. M. an 7,40 vorm. In Hanau Ost Anschluß an Zug D 251 (nur 1./2. Klasse) nach Holland und D 41 nach Leipzig und Berlin.

Zug D 282/D 44: Frankfurt a. M. ab 10,35 nachm., Hanau Ost 11,03/26, Darmstadt an 12,18, ab 12,22, sonst unverändert. In Hanau Ost Anschluß an Zug D 44 von Berlin und Leipzig sowie von Zug D 282 von Holland. Durch einen im Anschluß von den Zügen D 74 von Hamburg und D 48 von Köln—Hanau zwischen Friedberg und Hanau verkehrenden Verbindungszug Friedberg ab 10,45, Hanau Ost an 11,20 nachm. bleiben die bisher in Frankfurt a. M. vorhanden gewesenen Übergangsmöglichkeiten auf den Zug D 282 D 44 nach Süddeutschland bis auf weiteres in Hanau Ost gewahrt.

Zug D 75: Baden-Baden ab 4,30 nachm., Baden-Dos 4,37/38, Rastatt 4,49/49, Karlsruhe 5,10/5,20, Mannheim 6,15/24, Weinheim 6,47/48, Bensheim 7,03/04, Darmstadt 7,28/42, Offenbach 9,17/18, Frankfurt a. M. an 9,38, ab 10,03 nachm. nach Hamburg (sonst unverändert). In Frankfurt a. M. Anschluß an Zug D 179, ab 10,39 nachm. nach Berlin Potsdamer Bahnhof über Cassel—Magdeburg.

Zug D 76: Frankfurt a. M. ab 9,39 vorm., Offenbach 9,51/52, Darmstadt 11,33/36, Bensheim 11,58/59, Weinheim 12,14/15 nachm., Friedrichsfeld Nord 12,29/32, Mannheim 12,44/56, Karlsruhe 1,57/2,10, Rastatt 2,31/33, Baden-Dos 2,44/46, Baden-Baden an 2,54 nachm. Anschlußzug D 376 Friedrichsfeld Nord ab 12,42, Heidelberg an 12,57 nachm.

Zug D 85: Mannheim ab 11,38 vorm., Friedrichsfeld Nord 11,38/11,42, Darmstadt 12,28/32, Hanau Ost 1,32/40, Frankfurt a. M. an 2,06 nachm. In Hanau Ost Anschluß nach Hamburg und Berlin, außerdem durch Verbindungszug Hanau Ost ab 1,42, Friedberg an 2,28 nachm. Übergangsmöglichkeit auf Zug D 175 nach Dagen i. B.

Zug D 86: Frankfurt a. M. ab 4,20 nachm., Offenbach 4,32/33, Hanau Ost 4,46/5,02, Darmstadt 5,51/5,54, sonst unverändert. In Hanau Ost Anschluß von Berlin und Hamburg.

Zug D 135 bis Darmstadt unverändert, Darmstadt ab 8,15 nachm., Hanau Ost 9,15/17, Offenbach ab 9,35/36, Frankfurt a. M. an 9,54 nachm. In Hanau Ost Anschluß an Zug D 45 Frankfurt a. M. ab 9,00 nachm. nach Berlin Schlesischer Bahnhof, in Frankfurt a. M. außerdem Übergangsmöglichkeit auf Zug D 179 nach Berlin Potsdamer Bahnhof über Cassel.

Zug D 136: Frankfurt a. M. ab 6,12 vorm., Offenbach 6,29/30, Darmstadt 8,00/8,10; sonst unverändert. In Offenbach Übergangsmöglichkeit von den Zügen D 2 von Berlin und D 202 von Leipzig.

Zug D 156: Frankfurt a. M. ab 10,52 vorm., Offenbach 11,04/05, Darmstadt 12,33/44 nachm.; sonst unverändert.

Bei weiterem Fleiß und dem späteren Besitze einer Stradivarius dürfte er zu einem tüchtigen Geiger heranzureifen. Die Begleitung wurde von Johanna Huber (Klasse Mantel) sicher und energisch zupackend durchgeführt. Das Gesangsstück war durch die Klassen Worrel und Gorkom vertreten. Frau Ractha Adler (Klasse Worrel) besitzt eine schöne Sopranstimme mit leicht ansprechender Höhe, welche ihr „Gebet“ und der „Gallenarie“ aus Tannhäuser gut zur Geltung kam. Gestaltung und feinfühler Vertiefung müssen noch Fortschritte machen. Eugenie Schneider (Klasse Johanna Huber) begleitete anscheinungsgemäß Herr Hermann Rahn (Klasse van Gorkom) sang zwei Balladen von Böde und zwei Lieder von Schubert. Die Durchbildung der Stimme läßt die gute Schule des Lehrers erkennen, doch dem Meister gleichzukommen, dürfte Herrn Rahn noch manche Anstrengung kosten. Die Begleitung lag bei Eise Bedell in guten Händen. Die zahlreichen Zuhörer spendeten lebhaftesten Beifall. H. A. M.

Städt. Konzerthaus. Auf die am Dienstag abend stattfindende Erstaufführung der Operette „Nuschli tanzt“ von Ralph Benatzki sei hiermit nochmals hingewiesen und findet in der Partie des „Stabs“ das Gastspiel des Herrn Wolf Berko vom Theater an der Wien statt. — Mittwoch abend wird die Operette „Die Försterhölzer“ aufgeführt; Donnerstag abend findet eine Wiederholung von „Nuschli tanzt“ statt und Freitag gelangt wieder „Die Försterhölzer“ zur Wiederergabe und ist diese Vorstellung gleichzeitig für Mitglieder der Volksbühne U/II. — In Vorbereitung befindet sich die Operette „Die lustige Witwe“.

Wasserkrankenlagen und Heimatschutz in der Schweiz. Am 11. Juli abends 8 Uhr spricht unter Vorführung von Lichtbildern im Rathausaal in Karlsruhe der bekannte Führer der Schweizer Heimatschutzvereinigungen, Dr. Birli über „Wasserkrankenlagen und Heimatschutz in der Schweiz“. Bei der großen Bedeutung, die dieses Thema auch für Baden und für die Allgemeinheit hat, darf angenommen werden, daß seine Ausführungen für weite Kreise Interesse bieten. Der Eintritt ist kostenlos.

Zug D 159: Darmstadt ab 4,50, Hanau Ost 5,55/6,00, Frankfurt a. M. an 6,34 nachm., sonst unverändert.

Zug D 175 künftig in Baden-Baden beginnend: Baden-Baden ab 8,32 vorm., Baden-Dos 8,39/40, Rastatt 8,50/52, Karlsruhe 9,14/25, Bruchsal 9,46/48, Heidelberg 10,20/22, Friedrichsfeld Nord 10,47/53, Weinheim 11,07/08, Bensheim 11,23/24, Darmstadt 11,47/50, Hanau Ost 12,47/49 nachm., Offenbach 1,02/03, Frankfurt a. M. an 1,16 ab 1,48 nachm. Anschließung von Mannheim: Zug D 475 Mannheim ab 10,33, Friedrichsfeld Nord an 10,45 vorm.

Zug D 176: Frankfurt a. M. ab 3,39 nachm., Offenbach 3,51/52, Darmstadt 5,07/15, Bensheim 5,37/38, Weinheim 5,53/54, Friedrichsfeld Nord 6,08/11, Heidelberg 6,25/30, Bruchsal 7,11/14, Durlach 7,31/32, Karlsruhe 7,38/50, Rastatt 8,12/14, Baden-Dos 8,26/27, Baden-Baden an 8,35 nachm. Anschließung D 476: Friedrichsfeld Nord ab 6,18, Mannheim an 6,30 nachm.

Zug D 275 Heidelberg an 11,10 vorm. wird zur Vereinigung mit Zug D 85 nach Friedrichsfeld Nord fortgesetzt: Heidelberg ab 11,22, Friedrichsfeld Nord an 11,38 vorm.

Zug D 307 Darmstadt an 1,21, ab 1,25, Hanau Ost 2,25/26, Offenbach 2,30/40, Frankfurt a. M. 2,53/3,08, Gießen an 4,17 vorm.; sonst unverändert.

Zug D 308 wird von Köln ab früher gelegt, trifft 2,22 vorm. in Frankfurt a. M. ein und verkehrt weiter: Frankfurt a. M. ab 3,18 vorm., Offenbach 3,31, Darmstadt 4,57/5,13, sonst unverändert.

Zug 391 Darmstadt ab 10,18 vorm., Dieburg 10,46/48, Offenbach 11,54/55, Frankfurt a. M. Süd 12,03/04, Frankfurt Sbf. an 12,12 nachm.

Zug 992 Frankfurt a. M. ab 7,01 nachm., Frankfurt a. M. Süd 7,09/10, Offenbach 7,18/19, Dieburg 8,50/51, Darmstadt 9,14/19, Bensheim 9,48/44, Heppenheim 9,50/51, Weinheim 10,04/05, Friedrichsfeld Nord 10,20/23, Heidelberg 10,37/45, Bruchsal 11,16/25, Durlach 11,42/43, Karlsruhe an 11,56 nachm. Anschließung von Friedrichsfeld Nord nach Mannheim mit Zug 960, Friedrichsfeld Nord ab 10,25, Mannheim an 10,37 nachm.

Zug 998: Frankfurt a. M. ab 4,40 vorm., Frankfurt Süd 4,48/50, Offenbach 4,59/5,01, Dieburg 6,37/38, Darmstadt 6,59/7,02, Bensheim 7,26/27, Heppenheim 7,33/34, Weinheim 7,47/48, Friedrichsfeld Nord 8,03/05, Mannheim 8,17/8,30 vorm., sonst unverändert.

Zug 999: Darmstadt ab 10,48, Dieburg 11,15/16, Badenhausen 11,32/33, Hanau Ost 12,02/03, Offenbach 12,18/19, Frankfurt Süd 12,27/28, Frankfurt a. M. an 12,36 nachm. In Hanau Ost Anschließung an den beschleunigten Personenzug 889 nach Berlin, ab 12,17 nachts.

Im Zusammenhang mit den vorstehenden Fahrplanänderungen treten folgende weitere Zugveränderungen in Kraft:

Zug D 57 (Anschließung von Zug D 176) Bruchsal—Stuttgart verkehrt später: Bruchsal ab 7,22 nachm., Bretten 7,39, Rühlader 8,02/04, Vietriheim 8,28/30, Ludwigshafen 8,47/48, Stuttgart an 9,10 nachm.

Im Anschließung von Zug 992 von Frankfurt a. M. verkehrt der beschleunigte Personenzug 991 später: Bruchsal ab 11,26 nachm., Bretten 11,44/45, Rühlader 12,18/15, Vietriheim 12,42/44, Ludwigshafen 1,00/1,01, Stuttgart an 1,18 vorm.

Zug 1234 verkehrt später: Rühlader ab 8,10, Forstheim an 8,35 nachm. im Anschließung von Zug D 57. Zug 780 wird früher

verkehrt Baden-Dos ab 10,40, Baden-Baden an 10,48 vorm., Zug 941 nach Heidelberg wird in Karlsruhe anhaltend um 10,14 bis auf weiteres um 10,25 vorm. abgelassen; ab Durlach bis heriger Fahrplan.

Zug 160 Bruchsal ab 11,25, Karlsruhe an 11,50 nachm. fällt bis auf weiteres aus; in seinem Fahrplan verkehrt der beschleunigte Personenzug 992.

Zug 930 nach Menden, Karlsruhe ab 6,20 nachm. wird zur Aufnahme des Anstieffes von dem Schnellzug D 4 von Menden, Karlsruhe an 6,35 nachm. erforderlichensfalls bis 6,45 nachm. zurückgestellt.

Zug 39 Mannheim ab 10,06, Heidelberg an 10,27 nachm. verkehrt bis auf weiteres zum Anschließung an den Zug 992 nach Karlsruhe und Stuttgart als Personenzug regelmäßig.

Zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. verkehren außerdem beschleunigte Personenzüge 991/992 im Anschließung an die in Darmstadt beginnenden und endigenden Personenzüge der Main-Redarbahn folgende Verbindungsleistungen:

Zug 903 Darmstadt ab 5,40, Frankfurt a. M. an 8,06 vorm., Zug 921 Darmstadt ab 8,31, Frankfurt a. M. an 10,23 vorm., Zug 961 Darmstadt ab 7,28, Frankfurt a. M. an 9,24 nachm. (über Badenhausen—Hanau).

Zug 916 Frankfurt a. M. ab 5,52, Darmstadt an 7,44 vorm., Zug 936 Frankfurt a. M. ab 12,20, Darmstadt an 2,08 nachm., Zug 964 Frankfurt a. M. ab 7,40, Darmstadt an 9,50 nachm. (über Offenbach—Oberrod—Dieburg).

Über die künftigen Verbindungen nach und von Frankfurt a. M. und die durch die Umleitung des Verkehrs bedingten weiteren Fahrplanänderungen, wird ein Auswahlgang erstellt, der auf den Stationen angehängt wird.

Englische Kohlen

Für erste Importfirmen bieten wir alle Sorten Industrie- u. Gaskohlen in jeder gewünschten Menge an

Menzinger-Fendel

Transportgesellschaft m. b. H.

Karlsruhe i. B., Telegramm-Adr. Transitverkehr
Telephon 4668 B.507

Bekanntmachung.

Der am 1. August 1923 fällige Zinschein Nr. 1 zur Reichsschuldverschreibung unserer 5%igen Staatsanleihe gelangt bei den in den Anleihebedingungen näher bezeichneten Stellen mit Nr. 4484. — für 1 Tonne Kohle zur Auszahlung. B.620

Karlsruhe, den 7. Juli 1923.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwert).

Wohnungstausch Radolfzell-Karlsruhe.

Schöne geräumige 3-Zimmerwohnung mit Zubehör und Garten in Radolfzell a. B. gegen schöne 3- oder evtl. auch 2-Zimmerwohnung mit Zubehör in Karlsruhe zu tauschen gesucht. Offerten unter **Nr. 100** an die Geschäftsstelle der Freien Stimme in Radolfzell erbeten. B.621

Bürgerl. Rechtspflege

a. Stweilige Gerichtsbarkeit.

S.840. 2. Offenburg.
Die minderjährige Ida Bernabette Odenfuß in Griesheim, vertreten durch d. Vormund Franz Groß, Landwirt, daselbst, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Bodemer in Offenburg, klagt gegen den Landwirt u. Schmied Lukas Menzer aus Griesheim, lebt an unbekanntem Ort an Unterhalt mit dem Antrage auf Bewilligung des Armenrechts, der öffentlichen Unterstützung der öffentlichen Kostentragung der Kosten der Bewilligung des Armenrechts, der öffentlichen Unterstützung der öffentlichen Kostentragung des Beklagten der durch Urteil dieses Gerichts vom 27. Mai 1920 festgesetzten Rente vom Klageaufstellungsstage an bis zur Vollendung des 16ten Lebensjahres, d. i. 7. November 1935, eine im voraus zu entrichtende Geldrente von vierteljährlich 195 000 M. zu zahlen. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Offenburg auf Donnerstag, den 6. September 1923, vormittags 9 Uhr, geladen.
Offenburg, 4. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

S.867. 2. 1. Rastatt.
Stefan Jung, geboren 22.

8. Ziehungsliste der Deutschen Spar-Prämienanleihe von 1919

(Ziehung vom 2. Juli 1923)

Bei der heutigen Gewinnverlosung wurden gezogen: Reihe A. bis D.
Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für alle vier Reihen — Die Nummern, welchen kein Betrag in () beigefügt ist, sind mit 1000 Mark gezogen.

Gruppe 1 Nr. 223 (50.000), 12 77 (2000), 21 27 (3000), 23 34 (5000), 49 108 (5000), 52 143 (50.000), 53 117, 53 202, 64 114 (10.000), 78 262 (5000), 113 356 (5000), 118 28 (10.000), 119 339 (3000), 123 89 (5000) 351 (2000), 137 233 (2000), 137 334 (2000), 143 299 (2000), 139 253 (10.000), 143 75 233 (5000), 147 330 (2000), 148 299 (25.000), 149 208, 150 170, 154 213, 159 43 239 (2000), 164 335 (25.000), 165 156 (3000), 167 92 (2000), 176 231 (2000), 189 80 (3000), 188 178 (2000), 195 112 (25.000), 198 218 (5000), 200 324, 205 276 (10.000), 206 322 370, 211 337 (5000), 223 334 (3000), 225 57 (3000) 273 (3000), 238 57 384 (10.000), 242 107 (3000) 321 (2000), 259 92 (10.000), 267 32 (5000), 288 34, 270 15, 275 37 (2000), 277 69 (2000), 283 229 (25.000) 294 (3000), 284 133 (3000), 292 367, 293 202 (10.000), 299 54 (10.000), 322 278 (50.000), 323 269 (2000), 338 8, 345 97 (2000), 351 9 (3000), 359 173 (2000), 378 149, 391 355 (5000), 395 155, 397 41, 401 84, 431 163 (2000), 493 309, 419 185 (2000), 429 77 (3000), 434 21 (5000), 437 329 (2000), 471 53 (2000), 473 197, 439 321, 452 63 (5000), 457 359 238 (5000), 474 53 (2000), 478 212 (3000), 476 43 (3000), 483 211, 489 36, 574 74 (5000), 595 385, 597 35 (3000), 522 70, 543 223 (5000), 542 171 (5000) 297, 544 328, 553 348 (3000), 553 163 (2000), 553 325 (10.000), 553 214 (3000), 599 121 (3000), 605 23, 605 231 (3000), 609 77 (10.000), 616 33 350 (3000), 624 175 (5000), 625 400, 627 391 (2000), 638 154, 631 71 (2000), 649 61, 642 230 (5000), 649 69 99 172 (10.000), 650 19 (3000), 663 72, 665 141, 668 25 (2000), 670 176 (3000) 359, 675 117 (10.000), 679 30 (2000), 688 221 (2000), 682 96 (3000), 685 311, 693 261 (25.000), 706 271 (2000), 714 235, 718 116 (2000), 721 238 (3000), 730 258, 732 359 (3000), 733 271 (10.000), 743 83 (10.000), 748 304, 759 397 (5000), 757 278, 764 85 (2000), 765 289, 775 393, 783 209 (3000), 784 116 (2000), 785 199 (5000), 789 171 (2000), 798 139 (2000), 808 37 (2000) 193 (2000) 216 (2000) 309 (3000), 808 82 (2000), 808 334, 809 194 (10.000), 812 198 (3000), 821 318, 823 185, 839 41, 841 25 (25.000) 156 (3000), 842 117 (2000), 844 194 (3000), 845 64 (2000), 848 46 (3000), 850 11 (10.000), 854 70 (2000), 854 104 (3000), 854 64 (2000), 859 111 (5000), 901 392, 904 372, 905 44 (5000), 955 225, 894 284, 894 116 (2000), 903 233 (25.000), 1055 233 (2000), 1087 299, 1088 32 (5000), 1093 240 (10.000), 1109 302, 1113 216, 1118 379, 1125 184, 1131 377, 1132 221, 1133 100, 1139 254 (10.000), 1141 337 (3000), 1146 383 (3000), 1154 314, 1154 117 (10.000), 1163 285 (2000), 1167 311 (2000), 1170 90 (25.000), 1172 211 (10.000), 854 70 (2000), 1175 11 (3000), 1179 110 (2000), 1181 79 (10.000), 1183 232, 1193 69, 1193 243 (3000), 1196 30, 1198 61 (2000), 1207 389, 1209 76 (3000), 1217 95 (3000), 1222 141, 1221 68 (5000), 1225 162 (2000), 1250 397, 1259 219 (10.000), 1262 304 (5000), 1265 38 (50.000), 1269 37, 1270 229, im ganzen 2000 Gewinne im Gesamtbetrag von 20 000 000 Mark. Die Gewinne werden unter Abzug von 10 v. H. ausbezahlt. Bei der im Anschluß an die Gewinnverlosung vorgenommenen Tilgungsanslösung wurden gezogen:

mit Bonus die Nummern **119** und **369**, ohne Bonus die Nummern **59** und **353**.

Die Stücke dieser Nummern aus allen Reihen und Gruppen — im ganzen 40 000 Stück über zusammen 40 000 000 M. — werden hiermit zur Rückzahlung aufgerufen; sie nehmen an den weiteren Gewinnverlosungen nicht mehr teil. Die Stücke der mit Bonus gezogenen Nummern werden mit 2200 M., die Stücke der ohne Bonus gezogenen Nummern mit 1200 M. zurückgezahlt.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt vom 1. September d. Js., die Einlösung der zur Tilgung auszulösenden Stücke vom 29. Dezember d. Js. an durch Vermittlung sämtlicher Reichsbankanstalten. Die mit Gewinn gezogenen Stücke können diesen Stellen bereits vom 1. August, die zur Tilgung auszulösenden Stücke zur Prüfung eingereicht werden. Bei der Auszahlung der Gewinne werden die zu deren Abhebung eingereichten Stücke zurückgegeben, nachdem sie mit einem Vermerk über die Auszahlung versehen worden sind.

Am 2. Januar 1923 wird die nächste Ziehung stattfinden, bei der 2000 Gewinne im Gesamtbetrag von 20 Millionen Mark verlost werden.

Nachstehende Anleihebescheine sind vom Amtsgericht Berlin-Mitte zum Zwecke der Kraftloserklärung aufgegeben worden:

Gruppe 17 und 18 (Nr. 128 Reihe C), 62 u. 63 (130 B), 135 u. 136 (129 B), 142 u. 143 (130 B), 153 u. 154 (128 C), 190 u. 191 (129 A), 218 bis 220 (101 D), 227 bis 229 (101 B), 274 u. 275 (129 B), 339 bis 408, 687 bis 707 (204 C), 1061 u. 1062 (127 C), 1134 u. 1135 (127 D), 1146 u. 1147 (125 D), 1156 bis 1200, 1301 u. 1302 (253 C), 1703 bis 1705 (100 C), 1785 u. 1786 (80 D), 1818 u. 1819 (97 A), 1821 (110 D).

Interessenten können Aufgebotsstermin und Geschäftszeichen des Amtsgerichts Berlin-Mitte von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW 68, Oranienstr. 92/94, erfahren.
Berlin, den 2. Juli 1923.

Sonderdruck dieser Ziehungsliste sowie der Restliste (Verzeichnisses der Rückstände) vom 25. Juni 1923 sind zu beziehen vom 500 M. 2 Stück Ziehungs- oder Restlisten nach Wahl 750 M., 5 Stück 1500 M., 10 Stück 2750 M., bei größerem Bedarf nach Anfrage beim Verlag.

Auf der Gerichtsschreiberei hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Schweiningen, 4. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Auf der Gerichtsschreiberei hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Schweiningen, 2. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Auf der Gerichtsschreiberei hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Schweiningen, 2. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Verstorbene Bekanntmachungen.

Nadelholz-Verkauf.

Das Bad. Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig gegen Verzahlung innerhalb eines Monats 5547 Nadelstämme und Abschnitte aller Klassen mit 2523,24 Festmeter in 8 Losen. Angebote bis 20. Juli d. J. erbeten. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt. S.864

Aushilfs- und Papierholzverkauf.

Das Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig 494 Ster Papierholz (entriindet) und zwar: 98 Ster I. Kl. 396 Ster II. Kl. in 2 Losen (Nadelholz und Kieferholz); außerdem: 2 Ster Eichenmispelholz III. Kl., 66 Ster Buchenmispelholz II. Klasse (2 Losen). 153 Ster Kastaniennußschichtholz (1 Los). 163 Ster Scheiter, 74 Ster Brühl Eisenachtholz (1 Los). Termin: 19. Juli; Bedingungen und Losverzeichnisse durch das Forstamt gegen Vereinfundung von 2000 M. S.864

Aushilfs- und Papierholzverkauf.

Das Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig 494 Ster Papierholz (entriindet) und zwar: 98 Ster I. Kl. 396 Ster II. Kl. in 2 Losen (Nadelholz und Kieferholz); außerdem: 2 Ster Eichenmispelholz III. Kl., 66 Ster Buchenmispelholz II. Klasse (2 Losen). 153 Ster Kastaniennußschichtholz (1 Los). 163 Ster Scheiter, 74 Ster Brühl Eisenachtholz (1 Los). Termin: 19. Juli; Bedingungen und Losverzeichnisse durch das Forstamt gegen Vereinfundung von 2000 M. S.864

Verstorbene Bekanntmachungen.

Nadelholz-Verkauf.

Das Bad. Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig gegen Verzahlung innerhalb eines Monats 5547 Nadelstämme und Abschnitte aller Klassen mit 2523,24 Festmeter in 8 Losen. Angebote bis 20. Juli d. J. erbeten. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt. S.864

Aushilfs- und Papierholzverkauf.

Das Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig 494 Ster Papierholz (entriindet) und zwar: 98 Ster I. Kl. 396 Ster II. Kl. in 2 Losen (Nadelholz und Kieferholz); außerdem: 2 Ster Eichenmispelholz III. Kl., 66 Ster Buchenmispelholz II. Klasse (2 Losen). 153 Ster Kastaniennußschichtholz (1 Los). 163 Ster Scheiter, 74 Ster Brühl Eisenachtholz (1 Los). Termin: 19. Juli; Bedingungen und Losverzeichnisse durch das Forstamt gegen Vereinfundung von 2000 M. S.864

Aushilfs- und Papierholzverkauf.

Das Forstamt Gengenbach (Königsfeld) verkauft freihändig 494 Ster Papierholz (entriindet) und zwar: 98 Ster I. Kl. 396 Ster II. Kl. in 2 Losen (Nadelholz und Kieferholz); außerdem: 2 Ster Eichenmispelholz III. Kl., 66 Ster Buchenmispelholz II. Klasse (2 Losen). 153 Ster Kastaniennußschichtholz (1 Los). 163 Ster Scheiter, 74 Ster Brühl Eisenachtholz (1 Los). Termin: 19. Juli; Bedingungen und Losverzeichnisse durch das Forstamt gegen Vereinfundung von 2000 M. S.864